

Forschungen

Max Bloch

Die Sozialistischen Monatshefte und die Akademikerdebatte
in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914:

Die „Fälle“ Göhre, Schippel, Calwer und Hildebrand

„Der Intellektuelle und die Proletarier verstanden sich nicht.“¹ So fasste der Soziologe Robert Michels 1911 die Ergebnisse jener „Fälle“ zusammen, die sich mit den Namen Paul Göhre, Max Schippel und Richard Calwer verbanden und die Ausdruck des schwierigen Verhältnisses zwischen „sozialistischen Akademikern“ und proletarischer Basis, zwischen Hand- und Kopfarbeitern waren. Diese Auseinandersetzungen begleiteten die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von Anbeginn ihres Bestehens, nahmen nach dem Fall des Sozialistengesetzes, als eine regelrechte „Beitrittswelle“ über die Sozialdemokratie hereinbrach,² aber immer schärfere Formen an. Der sozialdemokratische Historiker Arthur Rosenberg hat in seinem Buch über *Die Entstehung der Deutschen Republik* 1928 darauf hingewiesen, dass vor Kriegsausbruch auf der Parteilinken wie auf der Parteilinken, bei „Radikalen“ und „Revisionisten“ (um im Ton der Zeit zu sprechen) „die Zahl der Intellektuellen erheblich“ war, dass der theoretische Kampf also zwischen den Flügeln tobte und sich der Parteivorstand, das sogenannte Zentrum, mit der „bequeme[n] Rolle des Schiedsrichters“ beschied.³ Tatsächlich ging es dem Parteivorsitzenden Bebel darum, einem Übergewicht der Akademiker, die nach 1890 in die legalisierte Sozialdemokratie strömten, vorzubeugen und das Selbstverständnis der SPD als eine „Arbeiterpartei“ zu bewahren. Auf dem Berliner Parteitag von 1892 sprach er von der Gefahr der „Versumpfung“, die von „Krethi und Plethi“, verkrachten Bürgersöhnen, drohe und damit wohl vielen Genossen aus dem Herzen: „Diese Leute“, so führte er aus, „glauben Sozialisten zu sein, obgleich sie es nicht sind.“⁴

- 1 Robert Michels: Zur Soziologie des modernen Parteiwesens in der Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Leipzig 1911, S. 312.
- 2 Klaus Tenfelde: Generationelle Erfahrungen in der Arbeiterbewegung bis 1933, in: Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 38.
- 3 Arthur Rosenberg: Die Entstehung der Deutschen Republik 1871–1918, Berlin 1928, S. 50. Zu Arthur Rosenberg vgl. Mario Kessler: Arthur Rosenberg – ein linker Vernunftrepublikaner?, in: Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hg.): Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft, Stuttgart 2008, S. 177–192.
- 4 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892, Berlin 1892, S. 199.

Die „sozialistischen Akademiker“, wie sie sich trotzig selber nannten, waren aber nicht bereit, das grundsätzliche Misstrauen, mit dem ihrer (partei-)politischen Zuverlässigkeit begegnet wurde, auf sich sitzen zu lassen. An der Jahreswende 1895/96 wurde auf Initiative Joseph Blochs die Zeitschrift *Der sozialistische Akademiker* als „Organ der sozialistischen Studirenden und Studirten deutscher Zunge“ gegründet, die seit 1897 unter dem Titel *Sozialistische Monatshefte* erschien. Dieses Medium, das von Arbeitern kaum, sondern hauptsächlich von „Akademikern und Vertretern bürgerlicher Berufe“ gelesen wurde, nahm in der sozialdemokratischen Presselandschaft eine unbestrittene „Sonderstellung“ ein.⁵ Die radikalen Blätter sprachen durchgängig von den „sogenannten Sozialistischen Monatsheften“, die „ein bürgerliches Blatt wie jedes andere auch“ seien und deren Redakteure, so wurde auf dem Parteitag 1909 gefordert, die Mitarbeit entweder einstellen oder ihren Parteiausschluss gewärtigen müssten.⁶ Tatsächlich hatte sich die Zeitschrift Ende der 1890er Jahre – seit dem Erscheinen von Eduard Bernsteins Schrift über die *Voraussetzungen des Sozialismus* – zum publizistischen Flaggschiff des sogenannten Revisionismus entwickelt und stand damit im Zentrum jener Revisionismusdebatten, die von den Akademikerdebatten nicht zu trennen waren und die auf jedem Parteitag erneut zum Austrag kamen. Bernstein selbst publizierte zwischen 1899 und 1914 insgesamt 180 Artikel in den *Sozialistischen Monatsheften*, die damit durchaus als sein Hausblatt gelten können.

Nachdem den *Sozialistischen Monatsheften* seit Katja Marmetschkes grundlegendem Aufsatz von 2002 mehrere Untersuchungen gewidmet worden sind, nachdem insbesondere die Friedrich-Ebert-Stiftung durch die komplette Digitalisierung der Zeitschrift der Forschung neue Möglichkeiten eröffnet hat,⁷ steht eine systematische Untersuchung der Parteiordnungs- und Parteiausschlussverfahren gegen prominente Redaktionsmitglieder nach wie vor aus.⁸ Dabei dienten gerade diese „Fälle“ dem bereits erwähnten Robert Michels 1911 zur Begründung seiner These von den der modernen Demokratie innewohnenden „oligarchischen Tendenzen“: Die ursprünglich demokratische Verfassung der SPD, so legte er in seiner Studie dar, trete hinter dem Dirigismus machthungriger Führungskliquen mehr und mehr zurück; die geistige Bewegungsfreiheit des Einzelnen werde zusehends eingengt und absolute Unterordnung unter die zentral gefassten Beschlüsse gefordert. Das „feste und starke Gefüge der Partei“, so erklärte etwa Franz Mehring in diesem Zusammenhang, dürfe von

5 Katja Marmetschke: Die Sozialistischen Monatshefte: Gruppen- und Generationsbezüge einer unabhängigen Zeitschrift der Weimarer Republik, in: Michel Grunwald/Hans Manfred Bock (Hg.): Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890–1960), Bern/Berlin/Brüssel u. a. 2002, S. 336.

6 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Leipzig vom 14. bis 18. September 1909, Berlin 1909, S. 218 (Antrag 249); Wilhelm Schröder: Das Preussentum in der Partei, in: Sozialistische Monatshefte 13 (1909), S. 750 f.

7 Zum Forschungsstand vgl. Marmetschke, S. 335; Hubert Woltering: Die „Sozialistischen Monatshefte“ (1895/96–1933), in: <library.fes.de/sozmon/index.html>.

8 Eine erste Untersuchung der „Fälle“ Schippel, Calwer und Hildebrand bietet Gerhard Schulz: Die deutsche Sozialdemokratie und die Idee des internationalen Ausgleichs, in: Alfred Herrmann (Hg.): Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergstrasser, Düsseldorf 1954, S. 89–116.

obskuren „Individualitäten“, die auf Disziplin pfeifen und keine andere Parteiarbeit kennen, als (...) in den Foyers des Reichstags spazierenzugehen“, nicht gelockert werden.⁹ Mit ähnlicher Verve forderte Kautsky, der Theoriepapst der Partei, „ein einheitliches, widerspruchsfreies System“.¹⁰ Eine solche Vorstellung spricht der Idee einer modernen, pluralistischen Volkspartei selbstverständlich Hohn, und Richard Calwer, eine dieser „Individualitäten“, von denen hier die Rede sein soll, stellte nach der Wahlniederlage von 1907 bedauernd fest, dass seit dem Dresdner Parteitag, auf dem man den Intellektuellen „den Stuhl vor die Tür gesetzt“ und damit „die Meinungsfreiheit der Partei in erheblichster Weise beschnitten hatte“, die zuvor vielfach zu verzeichnenden „Sympathien für die Sozialdemokraten in Kreisen der Wissenschaft, Kunst und Literatur ziemlich weitgehend“ verfliegen seien: „Wir bekämpfen die katholische Kirche wegen ihres Unfehlbarkeitsdogmas, aber in unserer eigenen Partei hat sich eine Orthodoxie entwickelt, die für ein demokratisches Gebilde im 20. Jahrhundert geradezu Staunen hervorrufen muss.“¹¹

Die Intellektuellen des rechten Parteiflügels, der „revisionistische Klüngel“, von dem Bebel abschätzig sprach,¹² bildeten nun beileibe keine innerparteiliche Macht. Ihr Einfluss beschränkte sich ganz auf ihr publizistisches Wirken. Aber da sie wesentliche Inhalte der marxistischen Glaubenslehre, wie sie von Kautsky popularisiert (manche sagen auch: vulgarisiert) wurde, ablehnten, wurden sie von der Führung der SPD, die immer auch Weltanschauungspartei sein wollte, als Zumutung empfunden. Erinnert sei an den berühmten Ratsschlag, der Eduard Bernstein von einem Mitglied des Parteivorstands erteilt worden ist: „so etwas sagt man nicht, so etwas tut man.“¹³ Nur vor diesem Hintergrund ist die Heftigkeit erklärbar, mit der gegen die Redakteure der *Sozialistischen Monatshefte* vorgegangen wurde: Sie forderten offen eine reformistische Wende, die Öffnung hin zum Bürgertum, den großen sozial-liberalen „Regierungsblock“ und – horribile dictu – eine „positive Kolonialpolitik“.¹⁴

- 9 Franz Mehring: Politische Publizistik 1891–1904, hg. von Josef Schleifstein und Thomas Höhle, (Ost-) Berlin 1964, S. 68f. Franz Mehring hatte sich erst relativ spät, 1891, der Sozialdemokratie angeschlossen und sich seitdem in eine regelrechte „Intellektuellenphobie“ (Thomas Höhle) hineingesteigert. Auf dem Dresdner Parteitag stand er wegen seiner bürgerlichen Herkunft selbst im Fadenkreuz der Kritik und wurde von Bebel als ein „psychologisches Rätsel“ bezeichnet.
- 10 Dieses geschlossene weltanschauliche System zu begründen und in die Köpfe und Herzen der Arbeiter zu tragen, seien – so Kautsky – die Akademiker berufen, die daher umso mehr auf das „richtige“ revolutionäre Bewusstsein abzuklopfen seien; vgl. Ingrid Gilcher-Holtey: Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie, Berlin 1986, S. 257–262.
- 11 Richard Calwer: Der 25. Januar, in: Sozialistische Monatshefte 11 (1907), S. 106. In einer polemischen Reichstagsrede kam Reichskanzler von Bülow zu dem Schluss, dass spätestens seit dem Dresdner Parteitag „in der sozialdemokratischen Partei das Akademische nicht allzu hoch bewertet wird“ und der „Revisionismus“ abgewirtschaftet habe; zit. in: Eduard David: Der Reichskanzler und die Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte 9 (1905), S. 13.
- 12 August Bebel: Briefwechsel mit Karl Kautsky, hg. von Karl Kautsky jr., Assen 1971, S. 173. Joseph Bloch protestierte in einem Brief an Bebel scharf „gegen eine solche Verunglimpfung der persönlichen und der Parteihre einer Reihe von Genossen, wie sie in jenen Sätzen enthalten ist“; Bloch an Bebel, 7. November 1905 (ein Durchschlag des Schreibens befindet sich im Privatbesitz des Verfassers).
- 13 Eduard Bernstein: Ignaz Auer. Eine Gedenkschrift, Berlin 1907, S. 63.
- 14 Vgl. Roger Fletcher: Revisionism and Empire. Socialist Imperialism in Germany 1897–1914, London 1984.

Damit konterkarierten sie wesentliche Politikinhalt der Partei und lieferten – so wurde gesagt – den politischen Gegnern Material. Täglich, so ein linker Redner auf einer Parteiversammlung 1912, werfe die bürgerliche Presse „mit Auszügen aus Reden und Schriften von Schippel, Calwer und Hildebrand [der SPD] Knüppel zwischen die Beine, indem die Ausführungen dieser sozialistischen Schriftsteller gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet würden“. Das dürfe so nicht weitergehen und die Antwort müsse strengster disziplinarischer Natur sein.¹⁵ In diesem Sinne bildeten die „Fälle“ Göhre, Schippel, Calwer und Hildebrand, die jeweils mit Mandatsverzicht, Parteiaustritt und Parteiausschluss endeten, sozusagen die personelle Zuspitzung grundsätzlicher Auseinandersetzungen, der Auseinandersetzungen zwischen reformistischer Rechter und radikaler Linker, die sich damals noch unter dem Dach einer Partei befanden und deren erbitterte Kämpfe das Erscheinungsbild der SPD vor 1914 in entscheidender Weise prägten.

Der „Fall Göhre“

Den Auftakt jener antiakademischen Exempel bildete im April 1901 der „Fall“ des sozialdemokratischen Theologen Paul Göhre (1864–1928). Göhre, der als Kandidat der Theologie drei Monate als Fabrikarbeiter und Handwerksbursche gearbeitet und darüber eine aufsehenerregende Sozialreportage verfasst hatte,¹⁶ war von 1891–1894 Generalsekretär des Evangelisch-Sozialen Kongresses und im November 1896 Mitbegründer des Nationalsozialen Vereins gewesen. Im Mai 1900 überwarf er sich mit Friedrich Naumann und vollzog den Wechsel zur SPD, den er in einer – wiederum aufsehenerregenden – Rede: „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde“ ausführlich motivierte.¹⁷ Zur gleichen Zeit begann er seine Mitarbeit an den *Sozialistischen Monatsheften*. Am 17. März 1901 – kaum ein Jahr nach seinem Parteibeitritt – wurde ihm von der Parteiorganisation des 15. sächsischen Wahlkreises einstimmig die Reichstagskandidatur angetragen. Den „alten und unter dem Ausnahmegesetz erprobten Kämpfern“ – so schildert es ein Chronist – passte es jedoch nicht, dass ein Bürgerlicher, ein Pfarrer, kaum ein Jahr Parteimitglied, in den Reichstag entsandt werden sollte. Göhre selbst nahm das Mißtrauen, dem er, wie er glaubte, ohne seine Schuld in Parteikreisen begegnete, durchaus wahr, und auf der Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie am 10./11. April wurde gegen die Aufstellung Göhres vor allem seitens der Reichstagsabgeordneten Geyer und Kaden heftig protestiert.¹⁸ Für Eduard David, als ehemaliger Gymnasiallehrer ein typischer Repräsentant der „sozialistischen Akademiker“, war dieser Vorgang,

15 Zit. in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei. Abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, Berlin 1912, S. 451.

16 Paul Göhre: Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche. Eine praktische Studie, Leipzig 1891.

17 Paul Göhre: Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde. Eine Rede, Berlin 1900; vgl. Philippe Alexandre: „Le milieu ouvrier moderne“ vers 1900, vu à travers une enquête et quelques autobiographies ouvrières publiés par Paul Göhre, in: Grunwald/Bock (Hg.), S. 91–118.

18 Ernst Heilmann: Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und dem Erzgebirge, Chemnitz 1911, S. 286.

wie er in den *Sozialistischen Monatsheften* schrieb, sinnfälliger Ausdruck jener „seit Jahren in gewissen Kreisen der Partei cultivierte[n] Stimmung gegen die akademisch gebildeten Genossen“, die „sonderbar in einer Partei“ berühre, „an deren Wiege Akademiker gestanden und in deren Reihen Akademiker von jeher hervorragende Arbeit geleistet haben“. ¹⁹ „Das Wesen der Demokratie“, so ließ sich der Chefredakteur der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung*, der Reichstagsabgeordnete Albert Südekum, vernehmen, „beruht darauf, dass man die Tüchtigsten an die verantwortungsreichsten Stellen bringt“, und es gehe nicht an, „für Gleichberechtigung zu kämpfen (...) und dabei erst recht das demokratische Prinzip zu verletzen“. ²⁰ Auch Richard Calwer stellte mit Besorgnis fest, „dass in weiten Kreisen der in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen eine erhebliche Voreingenommenheit gegen die Akademiker vorhanden ist“, ²¹ und Robert Michels zog aus dem „Fall Göhre“ die bereits zitierte Erkenntnis: „Der Intellektuelle und die Proletarier verstanden sich nicht.“ ²²

Die Genossen des 15. Reichstagswahlkreises hielten an ihrer einmal gefällten Entscheidung hingegen fest, und in den Reichstagswahlen von 1903 konnte der 1898 verloren gegangene Wahlkreis mit einer Mehrheit von fast 8.000 Stimmen zurückerobert werden. Wenige Monate später, im September 1903, folgte aber der Dresdner Parteitag, der traurige Höhepunkt der Revisionismus- und Akademikerdebatten. Hier wollte Bebel, wie er im Vorfeld an Kautsky schrieb, „das intensivste Mißtrauen gegen alle, die als Akademiker und Intellektuelle zu uns kommen“, artikulieren, ²³ und insbesondere Paul Göhre wurde in Bebels Parteitagrede als ein „hergelaufener Akademiker, der keine Fühlung mit dem Proletariat hat und nicht weiß, was Klassenkampf ist“, regelrecht abgekanzelt. Dieser „Schlag auf meine Ehre“ verletzte Göhre tief, ²⁴ und am 1. Oktober beantwortete er Bebels Angriffe mit der Niederlegung seines erst wenige Monate ausgeübten Reichstagsmandats. Auch wenn er wisse, dass den Genossen des 15. Wahlkreises „dadurch schwere Ungelegenheiten entstehen“ könnten, sehe er, wie er in seinem Abschiedsbrief schrieb, bis auf weiteres keine Möglichkeit, eine Partei, deren Vorsitzender ihn derart brüsk abgefertigt hatte, weiterhin im Reichstag zu vertreten. Diese übereilte und mit den zuständigen Gremien nicht abgestimmte Reaktion wurde in seinem Wahlkreis als eine mimosenhafte Überreaktion, als eine „unglaubliche Torheit“ gewertet, und die Parteiversammlung sprach ihm am 25. Oktober ihre Missbilligung aus. ²⁵

19 Eduard David: Rückblick auf Lübeck, in: *Sozialistische Monatshefte* 5 (1901), S. 837 f.

20 *Sächsische Arbeiter-Zeitung*, 11. April 1901. Die Dissertation des Autors dieses Beitrags „Albert Südekum (1871–1944). Ein deutscher Sozialdemokrat zwischen Kaiserreich und Diktatur“ wird im Frühjahr 2009 in der Reihe „Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ im Droste Verlag erscheinen.

21 Richard Calwer: Die Akademiker in der Socialdemokratie, in: *Sozialistische Monatshefte* 6 (1902), S. 319.

22 Michels, S. 312.

23 Bebel, S. 161.

24 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 234 f.

25 Heilmann, S. 290 f.

Damit war aber der „Fall Göhre“ noch nicht beendet. Wenige Monate später verstarb nämlich der Reichstagsabgeordnete Rosenow im Alter von erst 32 Jahren. Der 20. sächsische Reichstagswahlkreis war damit vakant, und die zuständige Parteiversammlung nominierte wiederum Göhre zu ihrem Kandidaten. Kaum war diese Entscheidung öffentlich gemacht worden, protestierten das Zentralagitationskomitee für Sachsen sowie die Agitationskomitees für Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau, unterstützt von Partei- und Fraktionsvorstand, gegen diese Entscheidung und forderten den Genossen Göhre zur freiwilligen Ablehnung der Kandidatur auf. Die Parteiversammlung des 20. Wahlkreises stellte daraufhin in einer Erklärung fest, dass hier „vor aller Welt die offiziellen Instanzen die obersten Grundrechte unserer auf demokratischen Grundsätzen aufgebauten Partei, nämlich die freie Selbstbestimmung der einzelnen Wahlkreise“, angegriffen und damit verraten hätten.²⁶ Auch Wolfgang Heine, promovierter Jurist, wertete in den *Sozialistischen Monatsheften* die Hartnäckigkeit, mit der gegen Göhre vorgegangen wurde, als Ausdruck des grundsätzlichen „Misstrauen[s] der Offiziellen gegen das *Outsidertum*, der Tradition gegen das Ungewohnte, der unpersönlichen Institution gegen das Individuelle“, einer „Tendenz zur Bürokratisierung und Zentralisierung der Partei“ und letztlich als einen klaren Verstoß gegen das Prinzip der demokratischen Willensbildung.²⁷ Das Ergebnis dieses „illiberalen“ und „undemokratischen“ Vorgehens war: Göhre trat von der Kandidatur zurück; die Nachwahlen und damit auch der Wahlkreis gingen verloren.²⁸ Erst bei seinem dritten Anlauf 1910 wurde Göhre in einer Nachwahl schließlich dauerhaft in den Reichstag entsandt, dem er bis 1918 angehörte. Dem republikanischen Preußen diente er erst als Unterstaatssekretär des Kriegs-, dann als Staatssekretär des Staatsministeriums. 1923 zog er sich von der Politik zurück und verstarb 1928 in Ratzeburg.

Der „Fall Schippel“

Kaum war der „Fall Göhre“ ausgestanden, bewegte der „Fall Schippel“ die Parteiöffentlichkeit. Max Schippel (1859–1928), promovierter Nationalökonom und, wie Joseph Bloch befand, „einer der produktivsten Köpfe, über die die deutsche Sozialdemokratie, über die der internationale Sozialismus verfügte“, war den *Sozialistischen Monatsheften* von 1897 bis zu seinem Tod am 6. Juni 1928 in einer „lebenslänglichen“ Zusammenarbeit verbunden.²⁹ Schippel hatte sich bereits 1884 der Sozialdemokratie angeschlossen, auf deren linkem, radikalem Flügel er sich 1890/91 als Wortführer der Berliner „Jungen“ gegen den Fraktionsvorstand profilierte. Seit 1889 Mitglied des Reichstags, wurde er insbesondere von Bebel protegiert, und Kautsky hatte in ihm sogar seinen „möglichen Nachfolger“ gesehen.³⁰ Noch im

26 Heilmann, S. 293.

27 Wolfgang Heine: Demokratische Randbemerkungen zum Fall Göhre, in: Sozialistische Monatshefte 8 (1904), S. 284.

28 Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 348 f.

29 Sozialistische Monatshefte 34 (1928), S. 560.

30 Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, hrsg. von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 122.

Frühjahr 1897 wurde er, der über eine „glänzende Rednergabe“ verfügte,³¹ von einem einflussreichen Parteiführer den „radikalen Phraseurs“ zugerechnet.³² Bereits ein Jahr später sollte er jedoch in ganz anderen Zusammenhängen von sich reden machen: In seinen „Isegrim“-Artikeln für die *Sozialistischen Monatshefte* stellte er den Volksmilizgedanken, der zu den programmatischen Grundpfeilern der SPD gehörte, zur Disposition und vereinbarte Friedrich Engels als Vordenker eines demokratischen „Volksheeres“ auf dem Boden der allgemeinen Wehrpflicht und der militärischen Professionalität.³³ Von der SPD-Reichstagsfraktion „auf das schärfte verurteilt“,³⁴ war dies der Beginn einer Serie unkalkulierter Regelverstöße, die Schippel – neben Bernstein – zu Bebels wirkungsvollstem „Antipoden“ stempelten und ihn Ende 1905 seine parlamentarische Karriere kosteten.³⁵

Auf dem Stuttgarter Parteitag von 1898 hatte sich Schippel als handelspolitischer Referent zum Fürsprecher einer protektionistischen Zollpolitik gemacht, da er eine prinzipielle Festlegung auf die liberale Freihandelslehre als schädlich für die deutsche Industrie, den deutschen Außenhandel und damit auch für die deutschen Arbeiter empfand. Die deutsche Sozialdemokratie, so skandierte er, müsse in Fragen der Wirtschaftspolitik „viel weiter rechts“ stehen als der freihändlerische Liberalismus.³⁶ Diese ketzerischen und heftig umkämpften Gedanken baute er 1902 in seinem Buch über die *Grundzüge der Handelspolitik* weiter aus, das sein ehemaliger Mentor Kautsky nachgerade für den „Gipfel schleichender Niedertracht und feiger Heimtücke“ hielt. Es sei „einfach ein Skandal, dass unsere Partei sich diesen Lumpenhund nicht nur gefallen lässt, sondern mit Vertrauensposten beehrt“. An Schippel, so schrieb er an Victor Adler, müsse ein Exempel statuiert werden.³⁷ Zwei Jahre später war es so weit. Nachdem Schippel am 26. Januar 1904 anstelle seines verhinderten Fraktionskollegen Heine eine Rede vor dem Wahlverein des 3. Berliner Reichstagswahlkreises gehalten und seine Stellung zur Zollfrage erneut umrissen hatte, wertete der *Vorwärts* seine Ausführungen als direkten Verstoß gegen die zollpolitischen Vorgaben der Partei. Bebel selbst war, wie er an Kautsky schrieb, „bei dem sofortigen Hinausschmeißen dabei; aber wie das machen?“ Da Schippel in seiner publizistischen und wissenschaftlichen Tätigkeit zwar Theorien eigener Art aufgestellt, im Reichstag aber immer die Mehrheitsmeinung der Fraktion vertreten, also für den Freihandel abgestimmt hatte, waren die disziplinarischen Mög-

31 Heilmann, S. 216.

32 Paul Mayer: Bruno Schoenlank 1859–1901. Reformier der sozialdemokratischen Tagespresse, Hannover 1971, S. 118.

33 Vgl. Bernhard Neff: „Wir wollen keine Paradedruppe, wir wollen eine Kriegstruppe ...“ Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890–1913, Köln 2004, S. 62–65; Schulz, S. 98 f.

34 Erich Matthias/Eberhard Pikart (Bearb.): Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918, Bd. 1, Düsseldorf 1966, S. 7.

35 Vgl. Paul Löbe: Der Weg war lang. Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten, Berlin-Grünwald 1949, S. 35.

36 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898, Berlin 1898, S. 179.

37 Adler, S. 385. Auf dem Hannoveraner Parteitag von 1899 war erstmals ein Parteiausschlussantrag gegen Schippel gestellt worden; vgl. ebd., S. 310.

lichkeiten beschränkt. Für Bebel war dies eine „Doppelzüngigkeit gemeinster Art“.³⁸ Am 3. März verabschiedete die Fraktion eine Erklärung, wonach Schippels zollpolitische Überzeugungen „im Widerspruch mit [sic!] der von der Partei vereinbarten Taktik“ stünden und „Unklarheit und Zersplitterung“ in die sozialdemokratischen Reihen trügen. Wolfgang Heine, der diese Erklärung vergeblich zu verhindern suchte, teilte zwar „Schippels Standpunkt nicht in allem“. Aber auch hier, so schrieb er an Georg von Vollmar, handele es sich – ebenso wie im „Fall Göhre“ wenige Monate zuvor – „um einen Versuch des Gewissenszwanges, der bekämpft werden muss“.³⁹

Trotz eines einhelligen Vertrauensvotums der Parteiversammlung seines Chemnitzer Wahlkreises, die sich „mit aller Entschiedenheit“ gegen die Angriffe auf ihren Abgeordneten verwahrte,⁴⁰ stand Schippel nachgerade als „Angeklagter“ vor dem Bremer Parteitag von 1904.⁴¹ „Seine Seele gehört nicht mehr uns“, hatte Kautsky in der *Neuen Zeit* orakelt.⁴² Auf dem Parteitag wurden diese Worte in eine deftigere Sprache übersetzt: „Wir wollen keinen abschlichten, aber wir wollen, dass die Doppelseele Schippels, seine Doppelzüngigkeit endlich aus der Partei entfernt wird. Wer nicht mit uns gehen will, ist gegen uns“, ließ sich etwa der Reichstagsabgeordnete Zubeil vernehmen.⁴³ Mit 234 gegen 44 Stimmen nahm der Parteitag die Resolution Bebel an, in der Schippel aufgefordert wurde, die „Konsequenzen“ aus seinem eigenwilligen Vorgehen zu ziehen. Schippel lehnte es aber ab, sang- und klanglos aufzugeben. Erst am 18. November 1905, nach monatelangem, kräftezehrendem Ringen, legte er sein Mandat endgültig nieder. Der sozialdemokratische Verein seines Wahlkreises, von dieser Entscheidung trotz allem überrascht, stellte daraufhin erneut klar, „dass die Haltung des Genossen Schippel (...) von hier aus keinerlei Kritik erfahren hat, die seine Mandatsniederlegung hätte zur Folge haben müssen“. Man bedaure diese Entscheidung zutiefst.⁴⁴ Wie Göhre, so ist also schließlich auch Schippel dem Druck erlegen, und die Redaktion der *Sozialistischen Monatshefte* hoffte, dass Schippels wissenschaftliche Tätigkeit, „mag sie in ihren Resultaten einstweilen mit den herrschenden Anschauungen in vielen Punkten noch im Widerspruch stehen“, die Kampfkraft der Partei auch weiterhin stärken werde.⁴⁵ Interessanterweise vermochte der Parteivorstand, der so viel Mühe auf die Abhalfterung Schippels verwandt hatte, seinen Nachfolgekandidaten, Karl Riemann, in Chemnitz nicht durchzusetzen. Nachfolger Schippels wurde ein Mann, der durchaus als sein Schüler zu bezeichnen wäre und der gerade deshalb das Vertrauen des Wahlkreises gewann: der Chefredakteur der *Chemnitzer Volkszeitung* Gustav Noske.

38 Bebel, S. 162.

39 Matthias/Pikart, Bd. I, S. 121.

40 Heilmann, S. 296.

41 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Bremen vom 18. bis 24. September 1904, Berlin 1904, S. 217.

42 Die Neue Zeit 23 (1904), S. 757.

43 Protokoll Parteitag Bremen, S. 232.

44 Heilmann, S. 299.

45 Sozialistische Monatshefte 10 (1906), S. 83.

Der „Fall Calwer“

Eng mit Schippel verbunden war auch sein Freund und Kollege Richard Calwer (1868–1927). Calwer galt, auch ohne studierter Ökonom zu sein, als „einer der bedeutendsten national-ökonomischen Schriftsteller Deutschlands“ und – neben Ignaz Jastrow – als Begründer der Arbeitsmarktstatistik.⁴⁶ Ein „examensflüchtiger Theologe“, hatte er 1889 – tatsächlich kurz vor dem Examen – sein Theologiestudium abgebrochen, einige Semester Medizin studiert und war im Herbst 1891 in die Redaktion des Braunschweiger Parteiorgans eingetreten. 1894 erschien sein Buch über *Das kommunistische Manifest*, in dem er noch ganz einem gewerkschaftsfeindlichen Radikalismus huldigte und das von Franz Mehring als zwar etwas wirr, aber in seiner Kritik vielfach treffend begrüßt wurde.⁴⁷ 1898 wurde er im 3. braunschweigischen Reichstagswahlkreis in einer Stichwahl in den Reichstag gewählt, dem er bis 1903 – also nur eine Legislaturperiode – angehörte. Während er als Abgeordneter kaum hervortrat, profilierte er sich in dieser Zeit aber als einer der wichtigsten volkswirtschaftlichen Publizisten der SPD. Ähnlich wie Schippel sah auch Calwer Handelszölle nicht per se als falsch an. Im Gegenteil favorisierte er ein zollpolitisch geschlossenes westeuropäisches Bündnis, das Ziel eines „wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Staaten mit Ausnahme von England und Rußland“ als Gegenblock zur angelsächsischen Wirtschaftsmacht. Die deutsch-französische Zusammenarbeit war der Kern dieser strikt antibritischen Konzeption. Auch die Notwendigkeit einer deutschen Kolonialpolitik, die Eroberung neuer Märkte und Absatzgebiete, sah er vor diesem Hintergrund nicht nur als zivilisatorisches Erfordernis, sondern auch als Voraussetzung des wirtschaftlichen Wettbewerbs mit England an. Auf diese Weise ließe sich der Wohlstand des Reiches gegen den Handelsneid der Briten sichern und das Lebensniveau der deutschen Arbeiter dauerhaft steigern.⁴⁸ Für Rosa Luxemburg hatte Calwer hiermit den Boden des internationalen Sozialismus endgültig verlassen und einen „bürgerlichen“, „nationalen“ Standpunkt eingenommen.⁴⁹ Robert Michels sprach ebenfalls von dem „stark nationalistisch gefärbte[n] Richard Calwer“, ⁵⁰ und Christoph Nonn spricht

46 Salomon Grumbach: Das annexionistische Deutschland: eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August 1914 in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden, Lausanne 1917, S. 163; vgl. Kurt-Dietrich Mroßko: Richard Calwer. Wirtschaftspolitiker und Schriftsteller 1868–1927, in: Robert Umland (Hg.): Lebensbilder aus Schwaben und Franken 12 (1972), S. 362–384.

47 Mehring, S. 80f.; vgl. Hans-Ulrich Ludewig: Industriearbeiterschaft und Organisation. Die Arbeitergeschichte im Herzogtum Braunschweig 1890–1905, in: Werner Pöls/Klaus Erich Pollmann (Hg.): Moderne Braunschweigische Geschichte, Hildesheim/Zürich/New York 1972, S. 168.

48 Die Vorstellung, „als Ideal einer europäischen Politik eine Harmonie zwischen Frankreich, England und Deutschland zurzeit als möglich erscheinen zu lassen“, schrieb Calwer 1905, sei eine Illusion. Bleibe auch zu hoffen, dass diese Gegensätze friedlich ausgetragen werden könnten, so bestünde „zwischen England und Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet eine Art Kriegszustand“; Richard Calwer: Weltpolitik und Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte 9 (1905), S. 741–749; vgl. Schulz, S. 100f.; Mroßko, S. 370f.

49 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagess der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mainz vom 17. bis 21. September 1900, Berlin 1900, S. 194f.

50 Michels, S. 251.

in einer jüngeren Studie von einer „Mischung aus Nationalismus und Industrieprotektionismus“, die Calwers ebenso wie Schippels Konzeption auszeichnete.⁵¹

Die Reichstagswahlen von 1907, die sogenannten Hottentottenwahlen, bedeuteten für Calwer das politische Aus. Obwohl die Kolonialpolitik im Zentrum des Wahlkampfes stand, obwohl sich die SPD als Kritikerin des wilhelminischen Kolonialismus in Stellung brachte, lehnte Calwer es ab, seine kolonialfreundlichen Theorien zu überdenken oder auch nur für die Zeit des Wahlkampfes hintanzustellen.⁵² Auch nach den Wahlen, die für die SPD in einem Fiasko endeten, beharrte er darauf, dass es gerade der kolonialpolitische Autismus der Partei gewesen sei, der für die Wahlniederlage die Verantwortung trug.⁵³ Spätestens jetzt wollte man sich Calwers Extratouren nicht mehr länger bieten lassen. Am 4. August 1907 fasste die Parteikonferenz seines Wahlkreises den einmütigen Beschluss, Calwer künftig nicht mehr aufzustellen⁵⁴ – nach zwei Wahlniederlagen (1903 und 1907) sicherlich kein allzu abwegiger Beschluss. Für die *Sozialistischen Monatshefte* zeugte er gleichwohl „von einer Verwirrung der Begriffe und einer Engherzigkeit der Auffassung, die, verallgemeinert, zur geistigen Verödung in unserer Partei führen müsste“. Die Partei brauche den objektiven Wissenschaftler, der nicht nach der politischen Zweckbestimmung seiner Studien frage. Calwer gehöre unbestritten „zu den gewissenhaftesten, fleißigsten und vorurteilsfreiesten Forschern“, über die die Partei verfüge, und die allgemeine Entwicklung werde, so sah Joseph Bloch voraus, eine „spätere politische Rechtfertigung derer darstellen, die, wie zum Beispiel die Genossen Schippel und Calwer, es übernommen haben, den herrschenden und mit übergroßem Eifer vertretenen Anschauungen in emsiger wissenschaftlicher Forschung sich entgegenzustellen“. In diesem Sinne sei die „Angelegenheit Calwer (...) nur noch ein vereinzeltes Nachspiel aus der Periode der wissenschaftlichen Reaktion in der sozialdemokratischen Partei, das den weiteren Verlauf der Dinge aber nicht zu hindern“ vermöchte.⁵⁵

Im Herbst 1909 – nachdem ein Parteiausschlussverfahren (wegen Formfehlern!) gerade noch hatte abgewendet werden können – zog Calwer die Konsequenzen aus seiner innerparteilichen Isolation: Ohne Aussicht auf eine parlamentarische Wirksamkeit verließ er die SPD und stellte seine Mitarbeit an den *Sozialistischen Monatsheften* ein. Seine Erwartung, die sozialpolitische Berichterstattung des *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik* übernehmen zu können, scheiterte im Dezember 1910 am Einspruch Max Webers,⁵⁶ und so fand er – ebenso wie Schippel – ein notdürftiges Unterkommen bei der Generalkommission der

51 Christoph Nonn: Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1996, S. 259.

52 So sollen sich die braunschweigischen Genossen sogar geweigert haben, die Flugblätter ihres Reichstagskandidaten zu verteilen; vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Essen vom 15. bis 21. September 1907, Berlin 1907, S. 333 f.

53 Vgl. Calwer, Januar.

54 Mroßko, S. 372 f.

55 Sozialistische Monatshefte II (1907), S. 790.

56 Max Weber: Briefe 1909–1910, hg. von M. Rainer Lepsius/Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1994, S. 326–328.

Gewerkschaften, die aber 1912 ebenfalls auf seine Dienste verzichtete.⁵⁷ Damit hatte er jeden Resonanzraum verloren. Sein privat betriebenes volkswirtschaftliches Büro in Berlin-Wannsee rechnete sich beileibe nicht, und das „Missverhältnis zwischen seiner Leistung und der Anerkennung für diese Leistung“, so mutmaßte sein Freund Albert Südekum, hatte zu seiner Verbitterung und Depression stark beigetragen.⁵⁸ Am 12. Juni 1927 schied Richard Calwer gemeinsam mit seiner Frau Gertrud freiwillig aus dem Leben. Fünf Tage später wurden die sterblichen Überreste im Krematorium Berlin-Wilmersdorf dem Feuer übergeben. Albert Südekum, selbst ehemaliger Mitarbeiter der *Sozialistischen Monatshefte*, hielt die Trauerrede.

Der „Fall Hildebrand“

Doch zurück zu den „Hottentottenwahlen“. Der Schock der Wahlniederlage hatte das Erscheinungsbild der Sozialdemokratischen Partei schlagartig verändert. Noskes Jungferrede, die wegen ihrer patriotischen und kolonialen Stoßrichtung für Wirbel in der Partei gesorgt hatte, wurde von keinem Geringeren als Bebel selbst verteidigt, und auf dem Essener Parteitag von 1907 ist es wiederum Bebel gewesen, der die Dresdner Parteitagsbeschlüsse entscheidend revidierte: Es könne keine Rede davon sein, so erklärte er, „dass wir die sogenannten Intellektuellen aus der Partei hinausweisen oder nicht in ihr haben wollten“. Im Gegenteil seien sie ihr als wertvolle Unterstützung willkommen.⁵⁹ Das waren nun freilich ganz andere Töne als die in Dresden angeschlagenen, und so schien die Basis für „eine gerechtere Behandlung der akademischen Intellektuellen“, lange Zeit als „Sozialdemokraten zweiter Klasse“ behandelt, nun endlich gegeben. Die „Schädlichkeit mancher Akademikerdebatte auf die Entwicklung des sozialistischen Nachwuchses aus den Reihen der Studierenden“ wurde von Bebel endlich anerkannt, und in den *Sozialistischen Monatsheften* plädierte Paul Kampffmeyer für eine möglichst enge „Lebensgemeinschaft“ zwischen Sozialismus und Wissenschaft: „Gerade zum Aufbau seiner Theorie sind die schöpferischen Intellektuellen berufen, und sie werden freudig dem Rufe zur aufbauenden Arbeit folgen, wenn im Sozialismus selbst der Geist freier wissenschaftlicher Forschung waltet.“⁶⁰

Der „Rückhopper in den Radikalismus“, so schrieb Erich Mühsam 1911, „geschah mit der Relegation des Genossen Gerhard Hildebrand aus der Partei“, ⁶¹ die allerdings diesmal nicht von der Parteiführung, sondern von der Basis ausging. Hildebrand, 1877 geboren, kam, ebenso wie Göhre, über den Nationalsozialen Verein, wo er „zum sozialistischen, an Marx geschulten Flügel“ zählte, zur SPD;⁶² und, ähnlich wie Calwer, profilierte er sich dort als

57 Nonn, S. 362.

58 Albert Südekum: Totenrede für Richard und Gertrud Calwer, 17. Juni 1927 (das Manuskript dieses Vortrags befindet sich im Privatbesitz des Verfassers); vgl. Mroßko, S. 379 f.

59 Protokoll Parteitag Essen, S. 337.

60 Paul Kampffmeyer: Die Intellektuellen und die Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte 12 (1908), S. 42 f.

61 Kain I (1911), S. 98.

62 Max Maurenbrecher: Agrarischer Sozialismus, in: Sozialistische Monatshefte 15 (1911), S. 434.

wehrhafter Anwalt der Meinungsfreiheit, die er bedroht sah: „Autorität und Disziplin sind jetzt Stolz und Stärke unserer Partei geworden“, so spöttelte er anlässlich der Auseinandersetzungen um die badische Budgetbewilligung 1910. Demokratie bedeute aber eben nicht die Mundtotmachung der Minderheit, und mit der vom Parteitag beschlossenen Verurteilung der badischen Landtagsfraktion, so Hildebrand, versündige sich die Partei „gegen ihre eigenen Ziele“. ⁶³ Wenige Monate später, im Herbst 1910, erschien sein Buch über *Die Erschütterung der Industriebherrschaft und des Industriesozialismus*, das ihn nun selbst zum Gegenstand heftigster Diskussionen machte, die mit seinem Parteiausschluss endeten. In diesem Buch sagte er dem Industriezeitalter das nahende Ende voraus: Je weiter sich der industrielle „Überbau“ von seiner „Bauerngrundlage“ löse, desto rascher werde sich der Zusammenbruch der Industrien vollziehen. Worauf es ankomme, das sei die agrarische Autarkie der – hier schloss er an Calwer an – „Vereinigten Staaten Westeuropas“. Auf dem Verhandlungswege müssten die europäischen Großstaaten ihre Zwistigkeiten begraben, dauernde friedenssichernde Institutionen schaffen und – als gemeinsame Rohstoffbasis – den afrikanischen Kontinent gütlich unter sich aufteilen – was natürlich bedeutete, dass Hildebrand für Deutschland ein größeres Stück des Kuchens beanspruchte, als das ihm bislang zugestandene. Die „Sicherung der deutschen Interessen“, der Kampf um die Gleichberechtigung des Reiches gegenüber dem „englisch-französisch-russischen Länderverteilungssyndikat“ wäre auf diesem Wege zu erreichen. ⁶⁴ Dieser „Gedankengang eines sowohl agrarfreundlichen als auch kolonialpolitischen, aber westeuropäischen und nicht nur national orientierten Sozialismus“ wurde sowohl von Max Maurenbrecher, Redakteur der *Sozialistischen Monatshefte*, als auch von dem Schriftsteller Hans Grimm, künftigen Verfasser des völkischen Bestsellers *Volk ohne Raum*, begeistert begrüßt. ⁶⁵

Wenn Hildebrand also postulierte, dass man auch in Fragen der Kolonialpolitik von der „bloßen Negation und Opposition, die nur allzu leicht das Kind mit dem Bade ausschüttet, zur schöpferischen Arbeit“ überzugehen habe, ⁶⁶ so konnte er durchaus auf den Beifall der revisionistischen Intellektuellen rechnen. Seine antiindustrielle und proagrarisches Stoßrichtung sorgte hingegen für Irritationen. Max Schippel, für den der Fortschritt der deutschen Industrie sogar das „Endziel“ der sozialistischen Bewegung darstellen müsse, distanzierte

63 Gerhard Hildebrand: Die Abänderung von Parteitagbeschlüssen, in: Sozialistische Monatshefte 14 (1910), S. 1239.

64 Gerhard Hildebrand: Die deutschen Interessen im Ausland, in: Sozialistische Monatshefte 15 (1911), S. 1224; vgl. Schulz, S. 107f.

65 Maurenbrecher, S. 434; vgl. Hans Grimm: Über mich selbst und meine Arbeit, Lippoldsberg 1975, S. 79. Gemeinsam mit Max Maurenbrecher, einem ehemaligen Theologen, den sein politischer Weg über die Vaterlandspartei noch bis zur DNVP führen sollte, brachte Hildebrand auf dem Jenaer Parteitag von 1911 eine Resolution ein, in der – unter Bezugnahme auf die „Lebensinteressen des deutschen Volkes und namentlich der deutschen Arbeiterklasse“ – eine Neuregelung der kolonialen Einflussphären, deren gemeinschaftliche Erschließung durch alle „Kulturvölker“ sowie die Beseitigung der „kolonialpolitischen Monopolbestrebungen der herrschenden Klassen in Frankreich und England“ gefordert wurde; vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911, Berlin 1911, S. 156f. (Antrag 50).

66 Hildebrand, Interessen, S. 1224.

sich scharf von Hildebrand.⁶⁷ Auch Eduard Bernstein hielt es für angebracht, Hildebrands „Art der Behandlung internationaler Fragen auf das entschiedenste entgegenzutreten“. ⁶⁸ Selbst von einflussreichen „Revisionisten“ desavouiert, wurde bald schon der Ruf laut, dass Hildebrand mit seinem Buch den „Boden des Parteiprogramms“ verlassen habe und eigentlich immer ein nationalsozialer Kolonialenthusiast geblieben sei. Dieser Ruf wurde lauter, nachdem Hildebrand am 4. August 1911 in seiner Heimatstadt Solingen einen Vortrag über *Die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt* gehalten hatte, in dem er seine merkwürdige Theorie vom Ende des Industriezeitalters und der Notwendigkeit agrarischer Autarkie wiederholte. Von da an ging es Schlag auf Schlag. Am 14. August erklärte sich die Solinger Parteileitung für einen Parteiausschluss des Genossen Hildebrand. Am 20. August stimmte die Solinger Parteiorganisation mit 118 gegen 58 Stimmen diesem Vorhaben zu. Am 6. September tagte eine Versammlung des Agitationskomitees für den Niederrhein, das ebenfalls für den Ausschluss entschied, und am 5. April 1912 trat auf Antrag des inkriminierten Hildebrand das Schiedsgericht der Gesamtpartei zusammen, das – wenn auch recht knapp – mit 4 gegen 3 Stimmen auf Parteiausschluss erkannte. Auf dem Chemnitzer Parteitag wurde der „Fall Hildebrand“ dann abschließend diskutiert. Während Wolfgang Heine als Hildebrands Verteidiger vor der Gefahr der „Intoleranz und Glaubensverfolgung“ warnte,⁶⁹ gab der Ankläger Süßheim zu Protokoll, dass die SPD „keine Zufluchtsstätte für politisch Obdachlose“ sei: Hildebrand sei „kein Sozialdemokrat, er gehört nicht zu uns, und sein Ausschluss ist eine bedauerliche, aber zwingende Notwendigkeit“. ⁷⁰ Der Parteitag erklärte sich daraufhin „mit überwältigender Mehrheit“ für den Parteiausschluss.

Für Hildebrand – so stellte er in seiner Rechtfertigung klar – ging es in diesem „Tendenzprozess“ um weit mehr als um „die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit eines einzelnen Menschen zur sozialdemokratischen Organisation, sondern um ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung und fortwirkender Tragweite: um die Grenzen der Meinungsfreiheit innerhalb der Partei, um größere Enge oder Weite des Parteirahmens“. ⁷¹ Das sahen die sogenannten Revisionisten, so scharf sie auch die Theorien Hildebrands ablehnen mochten, ebenso, und sein Parteiausschluss zeitigte eine ungemeine Solidarisierungswirkung. Am 6. Oktober 1912 erschien im *Vorwärts* eine Erklärung, in der sich 254 zum Teil sehr prominente Genossen und Sympathisanten – darunter Käthe Kollwitz – für eine Revision des Schiedsgerichtsverfahrens aussprachen, und in den *Sozialistischen Monatsheften* protestierten die „sozialistischen Akademiker“ gegen das in Chemnitz gefällte „Fehlurteil“. ⁷² Eduard Bernstein, einer der, wie er betonte, „entschiedensten Gegner der von Hildebrand verfochtenen Ansichten“, fühlte sich gleichwohl verpflichtet, gegen dieses „Unrecht“ zu protestieren, das eines „Kon-

67 Sozialistische Monatshefte 15 (1911), S. 1423.

68 Eduard Bernstein: Der kanadisch-amerikanische Schicksalsschlag, in: Sozialistische Monatshefte 15 (1911), S. 311.

69 Protokoll Parteitag Chemnitz, S. 497.

70 Ebd., S. 467 f.

71 Gerhard Hildebrand: Wegen groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, in: Sozialistische Monatshefte 16 (1912), S. 523.

72 Vgl. Ernst Heilmann: Parteijustiz, in: Sozialistische Monatshefte 19 (1913), S. 1267 f.

ventikels“ oder einer „Sekte“, aber keiner demokratischen Massenpartei würdig wäre;⁷³ und der Rechtsanwalt Wolfgang Heine fühlte sich bei der Betrachtung des Verfahrens an die preußische „Klassenjustiz“ erinnert, mit deren Gesinnungsschnüffelei er in seiner beruflichen Praxis täglich konfrontiert werde. Nicht wegen Handlungen sei Hildebrand ausgeschlossen worden, sondern wegen Überzeugungen, wegen eines Buches, das niemand gelesen habe. Eine Partei, die in ihrem Programm das Verhältniswahlrecht fordere, könne so aber mit Minderheitsmeinungen nicht umspringen, könne auf eine solch eklatante Weise die Grundsätze der Demokratie nicht verhöhnern: „Es gibt nur eine Sünde, die nicht vergeben werden kann: das ist die gegen den heiligen Geist freier Forschung und Überzeugung. Halten wir uns an das, was Lassalle seinen Gegnern zugerufen hat: Frei muss die Wissenschaft sein, auch bis zum Mißbrauch frei.“⁷⁴

Fazit

Die hier skizzierten Fälle zeigen, dass die SPD im Kaiserreich im Innern durchaus nicht die demokratische Kraft war, die nach außen zu sein sie beanspruchte. Die vielfachen Versuche, Paul Göhre vom Reichstag fernzuhalten; der nach mehreren Anläufen schließlich erfolgreiche Versuch, Max Schippel zur Niederlegung seines Mandats zu zwingen; der Parteiaustritt Richard Calwers, der Folge gezielter Angriffe auf seine persönliche Integrität war; und schließlich der Parteiausschluss Gerhard Hildebrands, der von allen hier Genannten der eigentlich Ungefährlichste, weil Einflussloseste war – all diese „Fälle“ zeigen im Grunde nur eines: die Funktion der sozialdemokratischen Intellektuellen, der „sozialistischen Akademiker“ als, wie es ein Parteiführer formulierte, die „Prügelknaben der Radikalen“.⁷⁵ An ihnen entlud sich, gerade wegen ihrer relativen Einflusslosigkeit, der Unmut über eine zunehmend reformistische Entwicklung der Partei, die Sehnsucht nach ideologischer Klarheit und Eindeutigkeit und – nicht zuletzt – der starke antibürgerliche und antiakademische Affekt der handwerklich sozialisierten sozialdemokratischen Funktionseleite. Dass ein gewisses Ungeschick, eine gewisse Arroganz und ein überbordendes Sendungsbewusstsein, bei Intellektuellen in der Politik nicht gerade selten, dabei eine große Rolle spielten, kann kaum bestritten werden. Umso bemerkenswerter sind aber die harten Bandagen, die gegen diese Leute angewandt worden sind und die – wie im Falle Calwers – teilweise mit persönlichen Katastrophen endeten.

Es handelte sich hierbei gleichsam um die personellen Kollateralschäden der größeren ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD. Den „Angleichungsprozess an den Staat“, von dem Noske sprach,⁷⁶ den „Siegesszug des Praktizismus“, wie Bernhard Neff in

73 Eduard Bernstein: Darf Hildebrand ausgeschlossen werden?, in: Sozialistische Monatshefte 16 (1912), S. 1147.

74 Wolfgang Heine: Autodafé, in: Sozialistische Monatshefte 16 (1912), S. 538.

75 Bernd Braun/Joachim Eichler (Hg.): Arbeiterführer, Parlamentarier, Parteiveteran. Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927, München 2000, S. 81.

76 Gustav Noske: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach-Main 1947, S. 38.

einer jüngeren Studie schreibt,⁷⁷ vermochten diese Kampagnen aber nicht zu stoppen. „Der Revisionismus ist tot“, schrieb Max Schippel 1913.⁷⁸ Aber, so ergänzte Ludwig Quessel, Nachfolger Hildebrands in der Redaktion der *Sozialistischen Monatshefte*: „Der Reformismus marschiert, ihm gehört die Zukunft.“⁷⁹ Das war mitnichten ein Widerspruch. Die Zeit der großen ideologischen Auseinandersetzungen war vorbei. „Revisionisten“ und „Radikale“ waren zusehends isoliert und marginalisiert. Die Stunde schlug einem pragmatischen Zugehen auf den Staat – bis hin zu partieller Zusammenarbeit. Die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 war die Konsequenz dieser Entwicklung. Für Max Schippel markierte sie – wie er in seinem 1917 erschienenen Buch *England und wir* schrieb – „die endgültige, niemals wieder umzustoßende Anerkennung“ des reformistischen Politikentwurfs,⁸⁰ „eine Rechtfertigung gegenüber langjährigen verständnislosen Angriffen“, wie Wolfgang Heine ergänzte.⁸¹ Diese Entwicklung ist von den revisionistischen Intellektuellen beileibe nicht herbeigeschrieben worden. Sie lieferten nicht mehr als die theoretische und publizistische Begleitmusik. Aber sie begrüßten diese Entwicklung umso mehr: Max Schippel und Richard Calwer wirkten publizistisch für Deutschlands Sieg; Paul Göhre diente als Frontoffizier.

Was folgte, war die Spaltung der SPD 1917, der Eintritt in die Regierung 1918, das Ende der Regierungsverantwortung 1920, eine wachsende parteiinterne Radikalisierung und schließlich die Wiedervereinigung mit der USPD 1922. Diese Entwicklung bedeutete für die alten Mitarbeiter der *Sozialistischen Monatshefte* den Rückfall in die überkommenen Gräben der Vorkriegszeit, das Ende aller ihrer politischen Hoffnungen. Wolfgang Heine, der ehemalige preußische Justiz- und Innenminister, gab dieser Stimmung im Juli 1924 folgenden Ausdruck: „Nicht, dass die Sozialdemokratie eine Reformpartei geworden ist“, so schrieb er an einen Freund, „ist der Fehler, sondern dass sie dies nicht offen zu tun wagt.“ Paul Göhre zog sich nach seiner Verabschiedung aus dem preußischen Staatsdienst 1923 von der Parteipolitik zurück. Max Schippel wirkte von 1923 bis 1927 als Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften in Dresden, und Gerhard Hildebrand suchte in der Naturheilbewegung sein Glück. Das traurige Schicksal Calwers habe ich erwähnt.

Die *Sozialistischen Monatshefte* als „ein nicht amtlich kontrolliertes Organ, in dem Sozialdemokraten, nur auf ihre eigene Verantwortung gestützt und auf die des Herausgebers, zu allen wichtigen Angelegenheiten Stellung nehmen können“,⁸² sahen ihr Hauptanliegen – wie es Joseph Bloch etwas umständlich formulierte – darin, einem „starren Doktrinarismus, der ständig von Entwicklungstendenzen sprach, sich selber aber über mangelhaft definierte und nach ihrem Geltungsbereich nicht untersuchte Vorstellungen nicht erhob“, entgegen-

77 Neff, S. 168.

78 Max Schippel: Abrüstung, Miliz und Heeresreformen, in: *Sozialistische Monatshefte* 19 (1913), S. 1101.

79 Ludwig Quessel: Worin bestand eigentlich Hildebrands Verbrechen?, in: *Sozialistische Monatshefte* 16 (1912), S. 1304.

80 Max Schippel: *England und wir. Kriegsbetrachtungen eines Sozialisten*, Berlin 1917, S. 9.

81 Heine an Winnig, 15. Juli 1924, in: SAPMO-BArch, Nachlass Wolfgang Heine, Nr. 228, Bl. 64–67.

82 Schröder, S. 749.

zuwirken.⁸³ Eine lebendige, demokratische Partei – so das Credo der Redakteure – müsse innerhalb der durch das Parteiprogramm abgesteckten Grenzen eine gewisse Bandbreite an Meinungen zulassen und dürfe, wenn überhaupt, nur parteischädigende Taten, aber keine Überzeugungen ahnden. Diese Meinungsfreiheit nahmen sie aber nicht nur für sich in Anspruch, sondern standen sie konsequenterweise auch dem innerparteilichen Gegner zu. In diesem Sinne hatten sich führende „Revisionisten“ gegen die Parteiausschlüsse der Parteilinken Raphael Friedeberg 1907 und Karl Radek 1912 gewandt – die einzigen mit den hier skizzierten „Fällen“ vergleichbaren Begebenheiten.⁸⁴ „Eine große Partei“, so skandierte Wolfgang Heine auf dem Chemnitzer Parteitag, „muss auch groß und frei handeln.“ Ansonsten mutiere sie zur Kirche, und eine Partei, in der sich die orthodoxe Richtung durchsetzen würde, so sah er hellstichtig voraus, werde nur noch eine Meinung dulden.⁸⁵

Die hier skizzierten Auseinandersetzungen lassen sich durchaus als Vorspiel künftiger Entwicklungen lesen. Denn während Göhre und Schippel, Heine, Südekum und David der SPD trotz allem die Treue hielten, Calwer und Hildebrand (so weit bekannt) keiner Partei mehr beitraten und sich die ehemaligen Mitarbeiter der *Sozialistischen Monatshefte* Willy Hellpach und Georg Bernhard in der DDP engagierten,⁸⁶ finden sich die „Ankläger“ aus den hier genannten Fällen, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck, Franz Mehring und Rosa Luxemburg, sämtlich auf dem Gründungskongress der KPD wieder. Und dass in jener Partei der Kampf gegen die jeweiligen „Fraktionen“, gegen Rechts- wie Linksabweichler unter der Parole der Einheitlichkeit unbarmherzig und teilweise bis zur persönlichen Vernichtung geführt worden ist, das hat insbesondere Bert Hoppe in seiner gründlichen Studie über die Jahre 1928 bis 1933 jüngst erst gezeigt. Auch hier spielte das Misstrauen gegen den unabhängigen Geist, gegen die freie und unberechenbare Persönlichkeit, gegen den „Akademiker“, den „Literaten“, den „Kaffeehaussozialisten“ eine große Rolle.⁸⁷ Diese Mechanismen konnten jedoch – lange vor der Durchsetzung stalinistischer Methoden – auf sozialdemokratische Traditionen verweisen, auf jene „rührige Parteiinquisition“, von der ein konservativer Abgeordneter bereits 1908 im Reichstag sprach⁸⁸ und der Göhre und Schippel, Calwer und Hildebrand – als die prominentesten, beileibe nicht die einzigen „Fälle“ – zwischen 1903 und 1912 zum Opfer fielen.

83 Sozialistische Monatshefte 11 (1907), S. 1040.

84 „An Radek ist“, schrieb Ernst Heilmann in den *Sozialistischen Monatsheften*, „wie an Hildebrand ein offenes Justizverbrechen verübt worden“; Heilmann, *Parteijustiz*, S. 1269; vgl. Heine, *Autodafé*, S. 749 f.

85 Protokoll Parteitag Chemnitz, S. 497 f.

86 Vgl. Claudia-Anja Kaune: Willy Hellpach (1877–1955). Biographie eines liberalen Politikers der Weimarer Republik, Bern/Frankfurt am Main u. a. 2005; Johannes Mikuteit: Georg Bernhard (1875–1944). Ein deutscher Journalist in Presse und Politik vor dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt/Oder 1998.

87 Vgl. Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007. Auch der eingangs erwähnte Arthur Rosenberg ist nach seinem Austritt aus der KPD 1927 vom kommunistischen Zentralorgan *Rote Fahne* als ein wurzelloser „Intellektueller“ gebrandmarkt worden, als ein unsicherer Kantonist, dem die Ziele des proletarischen Klassenkampfes verborgen bleiben mussten; vgl. Kessler, S. 183.

88 Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 12. Legislaturperiode, 1. Session, 28. November 1908, S. 5835.